

KÖLNLIBERAL

ZEITSCHRIFT FÜR FREIE DEMOKRATEN IN KÖLN

Freie
Demokraten

FDP Köln

Bild: FDP Köln



Joachim Stamp im Kreise der geehrten Jubilare für 40-, 50- und 60-jährige Parteimitgliedschaft

FRÜHLINGSEMPFANG UND KREISPARTEITAG KICKOFF IN DER FLORA

Mitte März hatte die Kölner FDP zum Frühjahrsempfang und anschließendem Parteitag in die Flora geladen. Bei ihrer ersten Präsenzveranstaltung in diesem Jahr kamen über 130 Liberale zusammen. Besonderer Gast war der stellvertretende Ministerpräsident und Spitzenkandidat für den Landtagswahlkampf, Dr. Joachim Stamp.

Er informierte als zuständiger Minister über die aktuellen Herausforderungen für die Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine. Und natürlich stimmte er die Liberalen auf den kommenden Landtagswahlkampf ein. Er gab in seiner Rede einen Ausblick auf den kommenden Wahlkampf und die Ziele der Freien Demokraten: „Wir kämpfen dafür, dass nach der Landtagswahl keine Mehrheit ohne die FDP möglich ist. Denn Freiheit bleibt systemrelevant. Wir haben viel erreicht, und wir haben noch viel vor: Von hier aus weiter ist unser Motto!“

Dabei blickte er in Richtung seiner Kabinettskollegin Yvonne Gebauer und des Landtagsabgeordneten Lorenz Deutsch,

die als Spitzenduo den Wahlkampf in Köln anführen, sowie den anderen Kandidatinnen und Kandidaten der Liberalen in Köln: Maria Westphal, Marc Urmetzer, Eva-Maria Ritter, Klaus Uckrow und Martin Ozminski.

Traditionell ehrt die FDP zu diesem Anlass Mitglieder für besonders langes Engagement in der Partei. Die goldene Nadel für 40 Jahre Mitgliedschaft wurde an gleich drei Ratsmitglieder der FDP Köln und eine Ministerin verliehen. Der Fraktionsvorsitzende Ralph Sterck, seine Stellvertreterin Katja Hoyer, der Fraktionsgeschäftsführer Ulrich Breite und Bildungsministerin Yvonne Gebauer hatten sich bereits vor 40 Jahren bei den Liberalen kennengelernt. Für 50 Jahre Mitgliedschaft wurde der langjährige Bundestagsabgeordnete und Staatsminister a.D. im Auswärtigen Amt, Dr. Werner Hoyer ausgezeichnet, der heute als Präsident der Europäischen Investitionsbank wirkt. Neben weiteren Mitgliedern erhielt auch der Kreisvorsitzende Lorenz Deutsch die silberne Nadel für 25 Jahre Mitgliedschaft.

Fortsetzung auf Seite 9

VORWORT



Bild: Maurice Cox

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

kaum, dass sich nach über zwei Jahren Ausnahmezustand die Corona-Pandemie scheinbar langsam einem Ende zu nähern schien, gibt es seit Ende Februar Krieg mitten in Europa. Und das in einem Ausmaß, das bereits jetzt die Auswirkungen der vergangenen Lockdowns bei allem übertrifft. Ein für die meisten von uns unvorstellbarer Krieg, wie wir ihn eigentlich nur noch aus Geschichtsbüchern kannten. Das es seit dem Ende des zweiten Weltkriegs immer wieder Krieg auf diesem Planeten gegeben hatte, ist kein Geheimnis, aber der war immer weit weg und Deutschland zumeist nicht oder nicht direkt involviert oder betroffen. Selbst der jahrzehntelange Afghanistankrieg, der erst im vergangenen Jahr ein unrühmliches Ende fand, war trotz des Einsatzes und Opfer deutscher Soldatinnen und Soldaten meist nur eine beiläufige Meldung in den Nachrichten. Aber jetzt ist mit dem russischen Überfall auf die Ukraine alles anders.

Mit dem Krieg direkt an der Außengrenze von EU und NATO sind wir betroffen. Wir müssen Partei ergreifen, wir liefern Waffen, Ausrüstung und Unterstützung und wir kümmern uns um eine Vielzahl der Millionen Flüchtlinge, die jetzt nach Westeuropa kommen. Wirklich beeindruckend finde ich, das möchte ich an dieser Stelle einmal deutlich sagen, das großartige Engagement von ehrenamtlichen Freiwilligen, ohne die vieles gar nicht möglich wäre. Dafür ganz herzlichen Dank, auch wenn das allein natürlich zu wenig ist. Die freiwilligen Helferinnen und Helfer müssen auch von seiten der Stadt und dem Land wesentlich besser unterstützt werden, sonst klappt das auf Dauer nicht.

Wenn Sie eine Möglichkeit für sich selbst sehen, in irgendeiner Art und Weise zu helfen, auch dafür besten Dank!

Mit liberalen Grüßen
Stephan Wieneritsch
CHEFREDAKTEUR



Joachim Krämer, stellv. Vorsitzender der FDP Köln

AUS DEM KREISVORSTAND

PARTEILEBEN IN ZEITEN DER KRISE

Geht das überhaupt noch? Eine Frage, die nicht gänzlich unberechtigt ist an einem Samstag im März. In der Flora hatten wir uns versammelt um unseren eigentlichen Neujahresempfang – jetzt als Frühlingsempfang – nachzuholen. Unser Ehrengast Joachim Stamp stimmte uns dabei nicht nur auf den kommenden Landtagswahlkampf ein, sondern ehrte zusätzlich zahlreiche Mitglieder für ihre lange und engagierte Mitgliedschaft bei der Kölner FDP.

Alleine durch die Verschiebung des Termins und die damit verbundene Neubenennung der Veranstaltung wird deutlich, dass wir uns noch immer nicht gänzlich aus dem Krisenmodus herausbewegt haben. Im Kreisvorstand wurden wie selbstverständlich im Vorfeld Hygieneregeln genauso diskutiert, wie generell die Frage gestellt werden musste, ob eine Veranstaltung mit weit über hundert erwarteten Gästen überhaupt stattfinden könne in Anbetracht der Pandemie. Seit die Pandemie im Frühjahr 2020 Deutschland erreicht hat, ist die Welt nicht mehr die gleiche. Masken und Tests sind zu unseren ständigen Begleitern geworden. Leider genauso, wie die Sorge um einen erneuten Lockdown und das flächendeckende Stilllegen des öffentlichen Lebens. Doch wir als Liberale sind der Meinung, dass Sorge vor neuen Varianten und Ausbrüchen mehr im Fokus stehen darf. Wir müssen akzeptieren, dass wir es mit einer neuen Realität zutun haben und dass das Virus zu einem allgemeinen Risiko geworden ist, welches nicht mehr verschwinden wird. Wir müssen unser Leben und unsere Gesellschaft mit diesem Wissen neu organisieren und den Alltag unter diesen neuen Bedingungen neu gestalten.

Das betrifft natürlich ebenso unser Parteileben, wie sich an dieser Veranstaltung im März deutlich zeigen lässt. Die eingangs gestellte Frage: „Geht das überhaupt noch?“, haben wir als Vorstand hier klar mit „Ja!“ beantwortet. Selbst

wenn wir alle in den letzten Jahren viel über digitale Veranstaltungen und ihre Vorteile gelernt haben – selbstverständlich ist es manchmal angenehmer, nach einer späten Diskussionsrunde einfach den PC herunterzufahren und sich direkt aufs Sofa fallen zu lassen – ist doch der persönliche Kontakt mit Gleichgesinnten etwas, was unser Parteileben ausmacht. Wo sonst kann ich ungeniert über die Abschaffung von Kirchengeldern, Steuersenkungen oder die Notwendigkeit eines V-Mann-Gesetzes diskutieren und diese propagieren, wie auf einer unserer Veranstaltungen mit einem Gegenüber, der oder die sofort weiß, was ich meine und mir vielleicht mit einem Nicken Zustimmung signalisiert. Oder mich vortrefflich streiten über Nuancen des Liberalismus und anschließend trotzdem gemeinsam für einen guten Antrag stimmen, bevor wir gemeinsam einen Kaffee trinken. Das alles geht manchmal digital, aber am besten noch immer in Präsenz.

Politik muss in Präsenz stattfinden. Das gilt nicht nur für interne Veranstaltungen, sondern genauso für Wahlkämpfe, Podiumsdiskussionen und Debatten. Wer sich für liberale Politik interessiert, muss Menschen kennenlernen, die diese vertreten und dabei nicht nur auf einen Bildschirm starren. Politik muss nahbar, anfassbar, echt sein! Dazu gehört, dass wir als Partei Angebote machen, wo man uns und unsere Politikerinnen und Politiker wirklich treffen und ihnen zuhören kann.

Als wir diese Diskussionen um unseren Frühlingsempfang am Anfang des Jahres führten, ahnten wir noch nicht, dass wir wenige Zeit später diese Veranstaltung erneut wieder gänzlich in Frage stellen würden. Nicht wegen des Pandemiegeschehens, diese Krise haben wir langsam, aber sicher in den Griff bekommen. Doch nach dem 24.2.2022 war die Welt erneut eine andere. Der brutale Überfall und Angriffskrieg Russlands gegen die souveräne Demokratie Ukraine

hat uns alle geschockt. Natürlich hinterfragt man vor einem solchen schrecklichen Ereignis, ob es noch angebracht ist, weiterzumachen, wie geplant.

Die Frage „Geht das überhaupt noch?“ stand also das zweite Mal im Raum. Ebenfalls mit Blick auf die Landtagswahl musste diese Frage jetzt gestellt werden. Die Antwort auf diese Frage ist dabei noch klarer, als zuvor. Sie muss und kann nur „Ja!“ lauten. Wenn ein Diktator durch Terror, Krieg und Kriegsverbrechen versucht nicht nur eine Demokratie sondern alle Demokratien in Angst und Schrecken zu versetzen, müssen wir zeigen, dass genau das nicht funktioniert. Dazu hat unser Ehrengast beigetragen. Joachim Stamp, der mit seinem Ministerium für Geflüchtete in NRW zuständig ist, hat die eindeutige Botschaft gesendet, dass alle, die aus der Ukraine vertrieben werden und vor Leid und Krieg flüchten in Nordrhein-Westfalen willkommen sind. Damit hat er gezeigt, dass wir nicht tatenlos in Schockstarre verfallen sind, sondern helfen. Niemandem ist geholfen, wenn wir angesichts des Krieges in eine Schockstarre verfallen. Wir müssen über den Krieg, seine Auswirkungen und unsere Möglichkeiten zu helfen diskutieren.

Unser Bundesparteitag hat kürzlich beschlossen, dass wir schwere Waffen an die Ukraine liefern wollen und die FDP wird diese Position in die Bundesregierung einbringen. Dem war eine intensive Diskussion innerhalb der Partei – auch auf unserem Parteitag – vorausgegangen. Wie verantwortungslos wäre es gewesen, wenn wir angesichts der Weltlage in eine Schockstarre verfallen wären? Parteileben muss stattfinden, es muss auch in Präsenz stattfinden, ansonsten leidet unsere Demokratie. Parteileben sollte nicht auch in der Krise stattfinden, es muss gerade dann stattfinden.

Joachim Krämer
Stellv. Vorsitzender der FDP Köln

„WIR KÖNNEN NICHT ALLE ENERGIELIEFERUNGEN AUS RUSSLAND SOFORT STOPPEN.“

Ein Gespräch mit Reinhard Houben über die Folgen von Putins Krieg gegen die Ukraine.

Herr Houben, manche fordern, dass wir sofort alle Energielieferungen aus Russland stoppen sollen. Warum machen wir das nicht?

Ich verstehe diese Forderungen vollkommen. Wir sollten uns von russischer Energie so schnell wie möglich unabhängig machen, damit wir Putin nicht dabei helfen, seine Kriege zu finanzieren. Aber als Politiker müssen wir alle Aspekte abwägen. Wir wollen aus der Atomenergie aussteigen und möglichst schnell auch aus der Braunkohle. Damit werden wir noch empfindlicher. Wir können kurzfristig Steinkohle und Rohöl aus Russland kompensieren, innerhalb von 12-24 Monaten, denn hier gibt es andere Lieferländer. Das wird teurer, aber es ist machbar. Beim Erdgas ist das schwieriger. Und wir müssen Rücksicht nehmen auf andere Partner in Europa, die zu hundert Prozent von russischem Gas abhängig sind und auch keine Möglichkeit haben, es durch Flüssiggaslieferungen (LNG) zu kompensieren, z.B. die Slowakei.

Es gibt doch auch beim Erdgas andere Lieferanten...

Wir könnten theoretisch mehr Erdgas aus den Niederlanden beziehen, aber dort will man wegen der Erdbebengefahr die Produktion zurückfahren. LNG-Lieferungen sind erst möglich, wenn wir Terminals dafür gebaut haben. Dies soll nun schnell geschehen, wird aber auch einige Zeit dauern. In Rotterdam könnte zwar noch mehr LNG angeliefert werden, aber die Rohrleitungen nach Deutschland sind schon voll und geben keine größeren Liefermengen her. In Deutschland selbst wäre Fracking machbar, wenn dies vor Ort, insbesondere in Niedersachsen, politisch durchsetzbar wäre. All dies sind Optionen, bei denen die Abhängigkeit von russischem Erdgas aber nur schrittweise reduziert werden kann.

Was würde denn passieren, wenn wir nicht genug Erdgas mehr hätten?

Wenn jetzt abgeschaltet würde, kämen wir sicherlich über den Sommer. Über den Winter kämen wir derzeit aber nicht. Die Menschen in Deutschland müssten dann auf Strom und vor allem auf Wärme verzichten. Liefermengen würden rationiert, es müssten Abschaltszenarien erstellt werden. Dann gäbe es ein Ranking, welche Unternehmen ihre Betriebe runterfahren oder ganz abschalten müssen. Bis wir frieren, würde es noch etwas dauern. Aber extreme ökonomische Einschränkungen und die hohen Preise für alle Energieträger wären nicht zu vermeiden. Unternehmen, die keinen Strom mehr bekämen, müssten ihre Arbeit einschränken oder ganz einstellen und die Mitarbeitenden in Kurzarbeit schicken. Das würde natürlich auch die entsprechenden sozialen Verwerfungen mit sich bringen. Es würde zu Unruhen kommen, von denen extremistische Parteien profitieren würden, also genau diejenigen, die immer noch – trotz des Krieges – an guten Beziehungen zu Putin festhalten wollen.

Was können denn die Menschen selbst tun, damit es nicht so weit kommt?

Wer will, kann natürlich sparen. Man kann weniger fahren, langsamer fahren, die Heizung runterdrehen. Auch dadurch müssen wir weniger importieren. Die Erfahrung zeigt ja: Wenn die Preise steigen, verbrauchen die Menschen weniger. Wir dürfen das aber nicht vorschreiben, dies muss eine freiwillige Entscheidung bleiben. Wer Immobilien besitzt, sollte sich mit der Frage der Solarenergie beschäftigen. Wo es sich bisher nicht gelohnt hat, könnte es sich bei steigenden Preisen plötzlich rechnen.



Reinhard Houben MdB

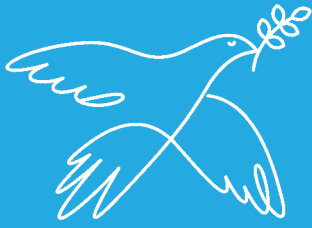
Müssen wir die Energiewende nicht nochmal beschleunigen?

Ja, aber auch das geht natürlich nicht von heute auf morgen. Alle haben mittlerweile eingesehen, dass es dazu keine Alternative gibt. Christian Lindner hat das passende Motto für diese Zeit kreiert: Erneuerbare Energien sind Freiheitsenergien.

Die Auswirkungen des Krieges sind aber auch in vielen anderen Sektoren spürbar. Es gibt Probleme in den Lieferketten, die Preise steigen. Was droht uns noch?

Wir erleben jetzt schon, dass die steigenden Preise für Benzin und Diesel die Pendlerinnen und Pendler überfordern. Wer nicht so gut verdient und wegen der hohen Mieten in den großen Städten aufs Land gezogen und jetzt auf das Auto angewiesen ist, der bekommt schon Probleme. Ich bekomme viele Mails dazu. Die Speditionswirtschaft schlägt Alarm, die LKW-Fahrer haben schon in Köln demonstriert. Die Bundesregierung hat ein Entlastungspaket beschlossen, das jetzt schnell umgesetzt werden muss. Aber die Probleme werden sich verschärfen, wenn der Krieg noch länger dauert. Wenn die Ernte in der Ukraine ausfällt, kann das den Hunger in Afrika verschärfen. Und es drohen täglich neue Hiobsbotschaften. Gar nicht zu reden von den vielen Flüchtlingen.

Reinhard Houben (61) ist wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und hat seinen Wahlkreis in Köln.



VOLLE SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE – DIESER KRIEG IST PUTINS KRIEG

Die Bilder aus der Ukraine von verletzten und getöteten Menschen, zerstörten Städten und Häusern schockieren uns zutiefst. Bis vor einigen Wochen war ein Krieg in Europa für die meisten von uns unvorstellbar. Den mutigen Ukrainerinnen und Ukrainern, die die Souveränität ihres Landes unter Einsatz ihres Lebens verteidigen, gilt unsere ganze Solidarität.

Mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat der russische Präsident auf schlimmste Weise Völkerrecht gebrochen und begeht schwerste Kriegsverbrechen. Die FDP Köln verurteilt diesen Angriffskrieg auf das Schärfste! Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg gegen den souveränen Staat Ukraine, sondern auch gegen unsere freiheitlichen und demokratischen Werte.

Wir stehen hinter den Sanktionen der Bundesregierung und der EU gegen Russland. Wir erwarten eine strenge Prüfung ihrer Wirksamkeit und die Weiterentwicklung zu treffsicherer Verschärfung. Deutschland muss die Ukraine unterstützen. Dies reicht von humanitärer Hilfe bis zu Waffenlieferungen.

Wir freuen uns über die große Spendenbereitschaft der deutschen Bevölkerung und die beeindruckende ganz praktische Hilfe, die in zahlreichen Hilfsaktionen geleistet wird. Der Strom flüchtender Menschen muss von allen staatlichen Ebenen unkompliziert und pragmatisch aufgenommen und organisiert werden. Wir begrüßen das schnelle Handeln unter Federführung des stellvertretenden Ministerpräsidenten, Dr. Joachim Stamp. Darüber hinaus unterstützen wir jede städtische und private Initiative zur Aufnahme und Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine.

Die Menschen, die vor Putins Krieg flüchten müssen, sind uns herzlich willkommen!

VON HIER AUS WEITER.



**UNSERE KINDER
STARK MACHEN.**

YVONNE GEBAUER

Es ist wieder Wahlkampfzeit. Auf dem Kreispartei-tag erfolgte der Startschuss und seit dem 1. April hängen die Plakate mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten und den liberalen Themen. Und seit den Osterferien können nun auch die Wahlkämpfenden an den Infoständen endlich loslegen.

Joachim Stamp gab in seiner Rede einen Ausblick auf den kommenden Wahlkampf und die Ziele der Freien Demokraten: „Wir kämpfen dafür, dass nach der Landtagswahl keine Mehrheit ohne die FDP möglich ist. Denn Freiheit bleibt systemrelevant. Wir haben viel erreicht, und wir haben noch viel vor: ‚Von hier aus weiter‘ ist unser Motto!“

An dieser Stelle möchten wir noch einmal kurz unsere Kandidatinnen und Kandidaten und ihre Themen vorstellen. Allen liberalen Wahlkämpfenden bereits an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für den Einsatz und die tatkräftige Unterstützung in den Stadtbezirken und am Infotainer auf dem Neumarkt. Und uns allen gutes Gelingen und viel Erfolg am 15. Mai!



**DEMOKRATIE
BRAUCHT KULTUR.**

LORENZ DEUTSCH



**PRÄSENT UND DIGITAL:
DAS ALLTAGSIDEAL.**

MARTIN OZMINSKI



**IDEOLOGIEN
BRINGEN VERBOTE.
IDEEN BRINGEN LÖSUNGEN.**

DR. EVA-MARIA RITTER



**MOBIL SEIN.
SO WIE DU ES WILLST.**

KLAUS UCKROW



**FREIHEIT IST
KLIMANEUTRAL.**

MARC URMETZER



**TALENT IST ÜBERALL.
FÖRDERN WIR ES ÜBERALL.**

MARIA WESTPHAL

„ES IST WICHTIG, DASS WIR UNSERE LIBERALEN ZIELE IN NORDRHEIN-WESTFALEN NICHT AUS DEN AUGEN VERLIEREN.“

Bild: Susanne Klümppes, FDP-Fraktion



IM GESPRÄCH MIT YVONNE GEBAUER UND LORENZ DEUTSCH

In Osten Europas tobt ein grauenhafter und eigentlich unvorstellbarer Krieg, der zunehmend das ganze Weltgeschehen beeinflusst. Schwierig, sich da noch auf Landespolitik zu fokussieren. Wie geht es Ihnen dabei?

YG: Die schrecklichen Bilder aus der Ukraine lassen einen natürlich nicht los. Man geht gewissermaßen mit ihnen ins Bett und wacht mit ihnen auf. Ich stehe im engen Austausch sowohl mit der ukrainischen Generalkonsulin als auch mit dem polnischen Generalkonsul, um mich über die aktuellen Ereignisse und deren Auswirkungen auf unser Land zu informieren. Wenn man sich das unermessliche Leid vor Augen führt, wirkt manche landespolitische Debatte vielleicht etwas kleinkariert. Trotzdem halte ich es für wichtig, dass wir unsere liberalen Ziele in Nordrhein-Westfalen nicht aus den Augen verlieren. Wir stehen vor einer wichtigen Wahl und der Frage, welchen Kurs Nordrhein-Westfalen in den nächsten fünf Jahren einschlägt. Klar ist schon jetzt, dass sich die zukünftige Landesregierung auch mit den Kriegsfolgen beschäftigen muss. Insofern sehe ich hier gar keinen Gegensatz, sondern eher einen Zusammenhang.

LD: Wie wahrscheinlich jeden begleitet uns dieser furchtbare Angriffskrieg Wladimir Putins von den Morgennachrichten bis zum Abend. Sehr beeindruckt haben mich die Friedensdemos in Köln, an de-

nen wir als Kölner Freie Demokraten mit zahlreichen Parteifreundinnen und Parteifreunden teilgenommen haben. Im Nachgang zur ersten Demonstration habe ich Linda Mai, die Vereinsvorsitzende des Vereins „Blau-Gelbes-Kreuz e.V.“, getroffen und mich über ihre fantastische Arbeit mit all ihren vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern informiert. Als FDP Köln haben wir daraufhin direkt einen Spendenaufruf gestartet. Aber all passiert natürlich zusätzlich zu unserer politischen Arbeit, die ja weitergeht. Vor Ende der Legislatur müssen zahlreiche Dinge abgeschlossen werden. Der Landtag hat noch gut zu tun.

Die Flüchtlingszahlen sind enorm. Sind wir diesmal besser vorbereitet als 2015?

LD: Ich versuche diesen Vergleich eher zu vermeiden. Er wird ja schnell instrumentalisiert. Aus der Ukraine fliehen ja vor allem Mütter und ihre Kinder und das stellt uns vor ganz andere Probleme. Und sie kommen in sehr großer Zahl in sehr kurzer Zeit. Die Solidarität, die unsere Gesellschaft zeigt, ist enorm und ich bin wirklich stolz auf die Art und Weise, wie gerade die vielen Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler sich engagieren. Und es erweist es sich als großer Vorteil, dass Nordrhein-Westfalen mit unserem Integrationsminister und FDP-Spitzenkandidat Dr. Joachim Stamp eine starke Integrationsinfrastruktur aufgebaut hat, so dass darauf zurückgegriffen werden kann, um

diese schwierige Situation zu koordinieren und zu meistern. Aber natürlich hat niemand mit einem solch verheerenden Angriffskrieg gerechnet.

Frau Gebauer, unter den Flüchtlingen sind, wie gerade gesagt, viele Mütter von schulpflichtigen Kindern. Welche neuen Herausforderungen kommen da auf die Schulen zu?

YG: Mit der Aufnahme und der Beschulung der ukrainischen Schülerinnen und Schüler sind pädagogische, fachliche und organisatorische Herausforderungen für unsere Schulen verbunden. Glücklicherweise haben wir in Nordrhein-Westfalen eine gute und bewährte schulische Integrationsinfrastruktur und Kultur. So beraten unsere kommunalen Integrationszentren die Familien auch bei der wichtigen Frage, welches Kind auf welche Schule geht. Neben dem Ankommen und Willkommen heißen der ukrainischen Kinder geht es um den schnellen Erwerb der deutschen Sprache. Hier kommt der Runderlass „Integration und Deutschförderung neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler“ ins Spiel. NRW verfügt seit den Jahren 2015/2016 durchaus über die notwendigen Instrumente, um die Situation zu meistern. Mut machen mir auch das große Engagement und die Zuversicht an den aufnehmenden Schulen. Mit dieser positiven Grundeinstellung werden wir die Herausforderungen bewältigen.

Yvonne Gebauer wurde 1966 in Köln geboren, ist verheiratet und Mutter eines Sohnes. Nach ihrem Abitur absolvierte sie eine Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten. Seit 1994 ist sie als Kauffrau tätig. 1982 trat sie der FDP bei. Hier war sie in verschiedenen Funktionen tätig, u.a. mehrere Jahre Vorsitzende des Kreisverbandes. 2004 wurde sie in den Rat der Stadt Köln gewählt, dem sie bis 2012 angehörte. Im gleichen Jahr wurde sie erstmals in den Landtag gewählt, 2017 wurde Yvonne Gebauer zur Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen ernannt.

Lorenz Deutsch wurde 1969 ebenfalls in Köln geboren. Er ist Dozent für Altgermanistik an der Universität Düsseldorf. Seit 1997 Mitglied der FDP, gehört er seit 2004 als Sachkundiger Einwohner und Bürger dem Kulturausschuss an und ist kulturpolitischer Sprecher der Ratsfraktion. Darüber hinaus ist er Mitglied im Landesfachausschuss für Kultur und Medien der NRW-FDP sowie im Bundesfachausschuss Kultur der FDP. 2017 wurde er Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Köln. Bei der letzten Landtagswahl wurde er erstmals als Abgeordneter ins Düsseldorfer Landesparlament gewählt.

Herr Deutsch, wenn in den Medien über Haushaltsberatungen berichtet wird, findet Kultur so gut wie nicht statt. Besteht die Gefahr, dass unser Kulturleben nachhaltigen Schaden nimmt, insbesondere nach den langen Einschränkungen durch Corona?

LD: Das sehe ich optimistischer. Gerade die Kultur hat in Nordrhein-Westfalen in der Corona-Pandemie eine besondere Wertschätzung erfahren. Wir haben als Land blitzschnell Hilfsprogramme aufgesetzt, die zielgerichtet waren. Besonders hilfreich waren unsere drei Stipendienprogramme, die dafür gesorgt haben, dass Künstlerinnen und Künstler weiter ihrem Beruf nachgehen konnten. Das war für Soloselbstständige im Gegensatz zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ja besonders prekär. Das hat uns auch gezeigt, dass wir zu einer besseren sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern bzw. von Solo-Selbstständigen im Allgemeinen kommen müssen. Daran arbeiten wir jetzt auch im Bund. Besonders spannend wird nun die Zeit nach der Pandemie. Wie entwickeln sich die öffentlichen Haushalte insgesamt? Und das ist mit Putins Krieg nicht einfacher geworden.

Frau Gebauer, die Freien Demokraten regieren mit der SPD und den Grünen im Bund sowie mit der CDU in NRW. Wie kompliziert erweist sich dieser Spagat im politischen Alltag?

YG: Wir Freie Demokraten verstehen uns nicht als Teil eines politischen Lagers, sondern als eigenständige Kraft. Daraus folgt, dass wir auf unterschiedlichen Ebenen mit verschiedenen Partnern zusammenarbeiten. Der Eintritt in die Ampelkoalition auf Bundesebene hatte, anders als viele glaubten, keinerlei atmosphärische Auswirkungen auf die NRW-Koalition. Unser gemeinsames Regierungshandeln mit der CDU in Düsseldorf orientiert sich einzig an den Interessen unseres Landes und der Menschen hier. Da wir bei der Landtagswahl aber nicht als Regierungsbündnis antreten, werden wir inhaltliche Unterschiede deutlich machen. Das ist aber kein Spagat, sondern politisches Alltagsgeschäft.

Im Übrigen haben wir als FDP NRW Inhalte unserer Regierungsarbeit auf Landesebene in den Koalitionsvertrag der Ampel hineinverhandelt. So deckt sich etwas das Vorhaben, Kindern und Jugendlichen bessere Bildungschancen unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern zu ermöglichen, mit unserem erfolgreich erprobten Modell der Talent-schulen in Nordrhein-Westfalen.

Als Kölner habe ich schon lange das Gefühl, dass unsere Stadt weit unter ihren Möglichkeiten bleibt. Wie bewerten Sie aus landespolitischer Perspektive die Performance der schwarz-grünen Stadtregierung?

YG: Die Kölner Schulpolitik ist leider seit Jahren desaströs. Es fehlen massiv Plätze und Gebäude und das nicht erst seit gestern. Als Kölnerin tun mir diese Zustände in der Seele weh, zumal ich auf die schulpolitischen Fehlentwicklungen schon während meiner Zeit als Ratsfrau hingewiesen habe.

Die Verantwortung liegt hier seit Jahrzehnten in der Hand des von der SPD geführten Dezernates für Bildung, Jugend und Sport. Weder der Beigeordneten Dr. Agnes Klein noch Robert Voigtsberger ist es gelungen, eine vernünftige Schulentwicklungsplanung zu betreiben, was sich derzeit mit fatalen Folgen rächt.

LD: Ja, Köln wird unter seinen Möglichkeiten regiert. Als Kulturpolitiker könnte ich abendfüllend über unsere Probleme mit Kulturbauten berichten. Allerdings sieht es ja bei Schulbauten kaum besser aus. Kein Wunder, weil die Stadt keine belastbare Schulentwicklungsplanung gemacht hat. Vielleicht hilft ja jetzt unser Vorschlag einer Schulbaugesellschaft. Eine echte ÖPNV-Offensive sehe ich auch nicht. Und das verwahrloste Stadtbild Kölns wird zwar seit Jahren beklagt, aber dabei bleibt es auch. Der Neumarkt ist da nur eines von vielen Beispielen. Alles dauert viel zu lange. Die Frage nach der Düsseldorfer Perspektive ist für den Kölner schmerzhaft. Gerade in der Stadtentwicklung läuft hier vieles besser. Aber das Herz schlägt linksrheinisch!

Was ist Ihr persönlicher Wunsch für die Zukunft?

LD: Ganz klar, ein schnelles Ende des Krieges in der Ukraine. Und für die Landtagswahl ein so gutes Ergebnis, dass ohne uns nicht regiert werden kann. Wir haben erst angefangen und noch viel vor. NRW hat sich stark entwickelt in den letzten fünf Jahren, das muss weitergehen. Ich bin optimistisch, dass wir mit einem starken Kandidatenteam und vielen engagierten Wahlhelfern in Köln für ein besonders gutes Ergebnis sorgen werden.

YG: In aller Kürze: Frieden auf der Welt, insbesondere natürlich in der Ukraine und eine Fortsetzung der liberalen Regierungsbeteiligung in Nordrhein-Westfalen.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

[Das Gespräch führte Stephan Wieneritsch.]

7 ½ BRÜCKEN REICHEN FÜR KÖLN NICHT

FDP KÄMPFT SEIT 20 JAHREN FÜR NEUE RHEINQUERUNG

Im Jahre 1966 wurde mit der Zoobrücke die letzte Rheinbrücke in Köln in Betrieb genommen. Die KFZ-Dichte pro 1.000 Einwohner ist seitdem um mehr als 300% gestiegen. Und das Mobilitätsbedürfnis der Menschen und der Wirtschaft steigt weiter. Deswegen forderte die FDP bereits vor 20 Jahren eine Standortuntersuchung für eine neue Brücke, die das Rechts- und das Linksrheinische verbinden soll. Ein entsprechender Beschluss wurde 2002 vom Stadtentwicklungsausschuss gefasst.

Der südliche Fußgänger- und Fahrradsteg wird erweitert. Fraglich ist noch die denkmalverträgliche Gestaltung

Der Beschluss für eine Standortuntersuchung wurde nie umgesetzt, da der Stadt hierfür angeblich die Kapazitäten fehlten. Es ist unglaublich, wie die Verwaltung mit solchen Beschlüssen umgeht! Er bleibt gültig, auch wenn es nun bereits Überlegungen für Neubauprojekte gibt, denn innerstädtische Rheinbrücken würden der Mobilität und dem Zusammenwachsen der beiden Kölner Seiten durchaus gut tun. Wie anfällig das Netz ist, zeigen die aktuellen Brückenbaustellen an der Leverkusener und der Mülheimer Brücke.

Die nächste große Sanierung steht bei der Severinsbrücke an. Wir haben alle eine Ahnung, welche Unwägbarkeiten ein solcher Bau aus den 50er Jahren birgt. Die Liberalen wollen die Bauarbeiten an der Brücke für eine Verbesserung des ÖPNVs nutzen: mit einer Haltestelle der

KVB-Linien 3 und 4 über dem Rheinauhafen. Diese Idee haben wir 2016 vorgestellt und zum Beschluss geführt. Wollen wir hoffen, dass die Verwaltung diese wichtige Erschließung für das Hafenviertel nicht kaputtprüft.

Lichtblicke zum Neubau von Rheinquerungen, um deren Zahl von 7 ½ zu erhöhen – die halbe ist die Brücke, die von Köln nach Leverkusen führt – finden sich aktuell im Kölner Süden. Hier soll mit der sogenannten Rheinspange die „Brühler Autobahn“ A553 über den Rhein führen und an die A59 angeschlossen werden. Hier läuft gerade eine umfangreiche Trassenuntersuchung und Bürgerbeteiligung. Gleichzeitig soll die Linie 17 nördlich des Godorfer Hafens ins Rechtsrheinische über Porz-Langel nach Niederkassel und Bonn-Beuel verlängert werden. Wenn

die Linie 7 dann bis Langel verlängert und mit der 17 verknüpft wird, ist das eine enorme Attraktivitätssteigerung für die KVB in diesem Bereich.

Man könnte denken, die Hohenzollernbrücke bräuchte als Europas meistbefahrene Eisenbahnbrücke dringend zusätzliche Gleise, wenn am Hauptbahnhof und am Deutzer Bahnhof je zwei S-Bahnsteige ergänzt werden. Doch die Bahn kommt mit den Gleisen über den Rhein auf absehbare Zeit aus. Was nicht ausreicht, sind die Geh- und Radwege auf beiden Flanken. Die FDP hatte bereits Anfang der 90er Jahre ein Laufband an der Nordseite vorgeschlagen, um die beiden Bahnhöfe besser zu verbinden. Heute kämpft sie für einen Aufzug an der nordwestlichen Ecke, um möglichst kurzfristig eine Barrierefreiheit herzustellen. Zügig soll eine

Bild: Bernd Zech



Statt eines Neubaus der Rodenkirchener Brücke schlägt Bernd Zech einen Drilling vor, um die nötige Kapazitätserweiterung umzusetzen



2016 haben Ralph Sterck und Reinhard Houben die Initiative für eine neue Stadtbahnhaltestelle 'Rheinauhafen' auf der Severinsbrücke vorgestellt

Bild: FDP-Fraktion

Erweiterung der Südseite kommen. Hier haben bereits die Untersuchungen der Fundamente der Vorkriegsbrücke begonnen. Fraglich ist noch, wie das Bauwerk denkmaltauglich aussehen soll.

Was bereits feststeht, ist, wie die beiden neuen Brücken über das Hafenbecken im Deutzer Hafen aussehen sollen. Vor einem Jahr wurde ein entsprechender Wettbewerb zu Gunsten einer Münchener Arbeitsgemeinschaft entschieden. Die südliche Brücke ist dem Fußgänger- und Radverkehr vorbehalten. Über die nördliche führt die Ringstraße, die den Hafen künftig erschließen soll. Und wenn alles gut läuft, wird ihre Achse von einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke zum Rheinauhafen in Höhe des Ubierrings aufgegriffen. Diese vom Masterplan Innenstadt vorgeschlagene Verbindung macht auch viel mehr Sinn als ihr nördlicher Zwilling zwischen Theodor-Heuss-Ring und Rheinpark, weil hier auf der rechten Rheinseite durch den Messe-riegel das Hinterland fehlt.

Gern überraschen uns in diesen Tagen Bilder von umgewandelten Rheinbrücken zu grünen Bändern: Architekt Paul Böhm möchte mit der Verlegung des Hauptbahnhofes nach Kalk die Hohenzollernbrücke verkehrlich überflüssig machen und CDU-MdL Oliver Kehrl die A4 im Tunnel unter der bisherigen Rodenkirchener Brücke durchführen. Schöne Visionen fürs nächste Jahrhundert, wenn wir alle Defizite beim Bahnknoten Köln und auf dem Kölner Autobahnring beseitigt habe. Aber im Hier und Jetzt hilft uns das nicht. Da gefällt die Idee des Architekten Bernd Zech schon mehr, der Rodenkirchener Brücke zur notwendigen Kapazitätserweiterung einen „Drilling“ hinzuzufügen.

Weiterhin benötigt Köln eine Untersuchung, wo eine weitere Rheinquerung – egal für welche Verkehrsart – den größten Nutzen bringen könnte. Hierbei sollte der Fokus auf die Verlängerung des Militärrings im Norden bzw. der Schönhauser Straße im Süden oder die Fortführung der Linie 13 über den südlichen Gürtel ins Rechtsrheinische gelegt werden. Aber vor allem muss die Stadtverwaltung eins: Schneller werden. Denn im Wettbewerb der europäischen Metropolen kann sich Köln nicht weitere 20 Jahre Nichtstun leisten.

Ralph Steck
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Köln

Fortsetzung von Seite 1

KREISPARTEITAG 2022



Bilder: FDP Köln

Im Anschluss an den Frühjahrsempfang tagte der Parteitag der FDP Köln. Diesen eröffnete Lorenz Deutsch mit einer Resolution zum Krieg, den Russland gegen die Ukraine begonnen hat, mit dem Titel: „Volle Solidarität mit der Ukraine – dieser Krieg ist Putins Krieg“. Die vom Vorstand eingebrachte Resolution fand die volle Unterstützung des Parteitages.

Im Verlauf des Parteitages folgte eine Rede von Yvonne Gebauer. Die Ministerin ging dabei auf die Schulpolitik innerhalb der Pandemie ein und betonte: „Bei allen Entscheidungen war für mich das Wohl der Kinder immer am wichtigsten. Dazu zählte die schnelle und sichere Rückkehr zur besten Unterrichtsform. Und diese ist der Präsenzunterricht.“ Weiter bekräftigte sie, dass es wichtig und richtig gewesen sei, das Abitur auch gegen Widerstände in den vergangenen beiden Jahren vollwertig durchzuführen. Außerdem stellte sie Erfolge der Landesregierung heraus, wie etwa die Einrich-

tung besonderer Talentschulen und den Erhalt der Förderschulen in NRW.

Es folgte die Antragsberatung, bei der die Partei einen Antrag beschloss, der ihr Leitbild um den Aspekt der Nachhaltigkeit ergänzte. [pm]



Schulministerin Yvonne Gebauer sprach zu den Delegierten



Das Parteitagspräsidium (v.l.n.r.): Christiana Dumstorff, Christtraut Kirchmeyer und Alexander Vogel

FRIEDRICH-JACOBS-PREISE 2020/2021

Bilder: Thomas Banneyer



VEEDELLEIBEN UND FREUNDE DES HISTORISCHEN RATSSCHIFFES ERHALTEN FRIEDRICH-JACOBS-PREISE – VERLEIHUNG IM STADION

Die Preisträger von 2020 und 2021 gemeinsam mit den Mitgliedern der FDP-Ratsfraktion



Ralph Sterck erinnerte an Friedrich Jacobs



Ulrich Breite laudierte das Ratsschiff



Volker Görzel würdigte Veedellieben

Am 23. März wurden im RheinEnergie STADION der Verein Veedellieben für das Jahr 2020 sowie der Verein der Freunde und Förderer des historischen Ratsschiffes M/S Stadt Köln für 2021 mit dem Friedrich-Jacobs-Preis der FDP-Ratsfraktion ausgezeichnet. Für die Veedellieben nahmen Hans-Günter Grawe und Georg Hemsch den Preis entgegen. Udo Giesen, Karl-Wilhelm Müller, Karl Ludwig Thoratier und Stephan von Wahl nahmen ihn für den Verein des historischen Ratsschiffes entgegen. Volker Görzel, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, sowie Fraktionsgeschäftsführer Ulrich Breite fungierten als Laudatoren und überreichten die Plexiglasskulpturen, welche den Kölner Dom, das Museum Ludwig und den Rhein stilisiert zeigen – das Logo der FDP-Köln – gemeinsam mit den Urkunden an die Preisträger.

FDP-Fraktionsvorsitzender Ralph Sterck erinnert in seiner Begrüßung an den Namensgeber des Preises, Friedrich Jacobs, der als Partei- und Fraktionsvorsitzender der Kölner FDP sowie als Bürgermeister viel für Köln geleistet habe. So habe er beim Wiederaufbau des Spanischen Baus für den Erhalt des Pratoriums gesorgt, das jetzt Keimzelle des Jüdischen Museums im archäologischen Quartier MiQua werde.

Volker Görzel würdigte in seiner Laudatio die langjährige und wichtige Arbeit durch Veedellieben: „Veedellieben kümmert sich um den Einzelhandel, die Gastronomie, den Dienstleistungssektor und das Handwerk. Sie leisten vorbildliche Arbeit und wir sind froh darüber, einen verlässlichen und innovativen Ansprechpartner zu haben, und wollen die harte Arbeit in dieser schwierigen Zeit mit diesem Preis würdigen. Auch aktuell ist der Verein ein Vorbild für lokale Hilfen. Durch die Unterstützung und Organisation bei den Hilfen für Geflüchtete aus der Ukraine und mit Hilfsgütern in die Ukraine leistet Veedellieben mit seinen Mitgliedern einen wichtigen und großartigen humanitären und solidarisches Beitrag für Köln.“

Hans-Günter Grawe, Handelskämmerer von Veedellieben, bedankte sich für den Preis: „Wir bedanken uns recht herzlich für diese Auszeichnung. Sie ist für uns Bestätigung der Arbeit der vergangenen Jahre und Ansporn für unser weiteres Tun und Handeln in und für die Veedel.“

Ulrich Breite zeigte bei seiner Laudatio einen kurzen Film, welcher die Entwicklung des Ratsschiffes in den letzten Jahren aufzeigte: „Der Förderverein kümmert sich um den Erhalt und die Sanierung des ein-

zigartigen Denkmals der M/S Stadt Köln. Dem leidenschaftlichen Engagement der Freunde und Förderer des ehemaligen Ratsschiffes ist es zu verdanken, dass das Schicksal des Schiffes an die Öffentlichkeit gelangte und die Politik den dringenden Handlungsbedarf erkannte. Ohne den Verein wäre dieses geschichtliche Juwel längst untergegangen. Dies wollen wir mit der heutigen Verleihung würdigen.“

Udo Giesen, Vorsitzender des Vereins Freunde und Förderer des Historischen Ratsschiffes M/S Stadt Köln, bedankte sich für die Ehrung: „Wir freuen uns sehr über den Preis und fühlen uns für unser Engagement wirklich geehrt. Die FDP-Fraktion war von Anfang an Unterstützer bei der Rettung und Sanierung des ehemaligen Ratsschiffes. Mit der Preisverleihung wird noch mal hervorgehoben, wie wichtig und bedeutsam die Erhaltung dieses schwimmenden Denkmals ist und dass die Arbeit an diesem anerkannt wird.“

Sebastian Diener
Referent der FDP-Ratsfraktion

LIBERALEN FRAUEN ZU BESUCH IM HISTORISCHEN ARCHIV

Mitte März war Schulministerin Yvonne Gebauer zu Gast beim gemeinsamen Ladies-Treff der Liberalen Frauen NRW und Köln im neuen Historischen Archiv. Den Auftakt machte die Kreisvorsitzende der Liberalen Frauen Kölns, Amila Radoch-Hamzic, mit ihrer Rede. Sie freute sich nach langer Zeit der Pandemie viele Mitstreiterinnen wiedersehen zu können.

Gebauer ging in ihrer Rede auf die momentanen Problemstellungen der Schulpolitik NRWs ein. Ukrainische Flüchtlingskinder und eine anhaltende Pandemie stellen die Politik in NRW immer noch vor Herausforderungen. Es ist jedoch mit der aufkommenden Landtagswahl auch gelungen, den Blick in die Zukunft zu richten. Rückblickend auf die ersten Erfolge ihrer Amtszeit, wie der Abschaffung des Schreibens nach Gehör oder der reibungslosen Etablierung von G9, möchte Gebauer auf diesen in den nächsten Jahren aufbauen. [pm]



Ministerin Yvonne Gebauer im (pandemiekonformen) Kreis ihrer Gastgeberinnen

LIBERALE ANTWORTEN

Chantal Schalla

Jugendpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln



Bild: Maurice Cox

Chantal Schalla wurde 1995 in Gelsenkirchen geboren. Nach dem Abitur absolvierte sie ein Freiwilliges Soziales Jahr in der NRW Landtagsfraktion der FDP. 2015 kam sie für ihr Studium der Rechtswissenschaften nach Köln. Hier engagierte sie sich bei den Julis und war deren Kreisvorsitzende bis Oktober 2018. Für die Jungen Liberalen NRW leitete sie mehrere Landesarbeitskreise. Aktuell ist sie Mitglied des Vorstandes im StBV Nord und leitet die Werkstatt „Stadt der besten Bildungschancen“. Bis 2020 war Mitglied im Ausschuss „Allgemeine Verwaltung, Rechtsfragen, Vergabe und Internationales“, seither ist sie Jugendpolitische Sprecherin der Ratsfraktion.

Auf welche eigene Charaktereigenschaft sind Sie besonders stolz?

Meine Hartnäckigkeit. In der politischen Arbeit kann das sehr von Vorteil sein.

Was mögen Sie an sich gar nicht?

Ich bin nach wie vor schnell frustriert, wenn etwas mal nicht so läuft. Das ist wiederum weniger vorteilhaft in der Politik.

Welches politische Projekt würden Sie gerne beschleunigt wissen wollen?

Die Einrichtung eines Jugendparlaments liegt mir am Herzen.

Wem würden Sie mit welcher Begründung einen Orden verleihen?

Kleinen Projekten, die in Köln Großartiges schaffen, aber nicht so stark gesehen werden: Zuletzt haben mich die Stadtteilmütter in Mülheim begeistert.

Welche Persönlichkeit in der Geschichte bewundern Sie?

Queen Elizabeth II.

Wie und wo würden Sie gerne mal Ihren Urlaub verbringen?

Ich würde gerne irgendwann nach Kanada reisen, möchte aus Umweltgründen aber Flugreisen vermeiden. Daher bereise ich erstmal alle europäischen Großstädte mit dem Zug.

Welches Buch würden Sie auf eine einsame Insel mitnehmen?

„The Circle“ von Dave Eggers.

Welches Kulturereignis haben Sie in der letzten Zeit besucht?

Kultur ist in den letzten zwei Jahren unter Corona zu kurz gekommen. Aber ich habe vor Kurzem eine Vorstellung des Theaterstücks „Die Lücke 2.0“ gesehen, welches versucht, den Nagelbombenanschlag in der Keupstraße aufzuarbeiten. Sehr empfehlenswert!

Welches Lied singen Sie gern unter der Dusche?

Derzeit viel von der Sängerin Arlo Parks.

Wo hätten Sie gern Ihren zweiten Wohnsitz?

Schwierig, aber ich denke in Prag.

Was verbindet Sie mit Köln?

Zuhause und frei sein.

Was können Sie besonders gut kochen?

Selbstgemachte Pasta aller Art und Apfelpfannkuchen.

Was ist Ihr Lebensmotto?

Leben und leben lassen!

Was steht auf Ihrem Wunschzettel?

Auf meinem persönlichen mehr Zeit zum Entspannen und auf dem für Köln eine bessere Kommunalpolitik. Letzteres braucht aber fleißige und motivierte Freie Demokraten, daher muss ersteres wohl warten.

ERÖFFNUNG MANFRED-WOLF-SAAL IM RATHAUS

Bilder: FDP-Fraktion



Hätt sich em Himmel bestemp gefreut: Manfred Wolf (1947-2014)

Zur neuen Ratsperiode hat die FDP-Fraktion im vergangenen Jahr beschlossen, ihren Sitzungsraum im Spanischen Bau des Rathauses nach Manfred Wolf zu benennen. Der ehemalige Bürgermeister, welcher im Oktober 2014 verstarb, wäre in diesem Jahr 75 Jahre alt geworden. Hierzu erklärt der Fraktionsvorsitzende, Ralph Sterck: „Zur Würdigung des ehemaligen Bürgermeisters der Stadt Köln haben wir den Manfred-Wolf-Saal gemeinsam mit Oberbürgermeisterin Henriette Reker und der Witwe Marianne Wolf im kleinsten Fraktionskreis unter Wahrung der 2G+-Regelungen eingeweiht. Mit der Umbenennung des Raumes, in dem er selbst an zahlreichen Fraktionssitzungen teilgenommen hat, werden wir ihn in ehrendem Gedenken halten.“

Manfred Wolf war seit 1972 in der Kölner Kommunalpolitik aktiv, anfangs bei einer liberalen Wählerinitiative und ab 1979 bei der FDP. 1989 zog er erstmals in den Rat der Stadt Köln ein. Er war von 1999 bis 2004 zweiter Bürgermeister und von 2009 bis 2014 erneut Bürgermeister der Stadt Köln. Als ehrenamtlicher Vertreter des damaligen Oberbürgermeisters nahm er im Jahr mehrere hunderte Termine war und hat somit die Stadt maßgeblich mit repräsentiert. [pm]



Ein Glässchen Sekt zur Eröffnung des Manfred-Wolf-Saals: Ratsfrau Stefanie Ruffen, Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Fraktionsgeschäftsführer Ulrich Breite

BUNDESVERDIENSTORDEN FÜR KARL-HEINZ DANIEL

Bilder: FDP-Fraktion



Karl-Heinz Daniel (6.v.l.) und Oberbürgermeisterin Henriette Reker (3.v.l.) in liberaler Gratulantenrunde

Karl-Heinz Daniel ist mehr als 50 Jahre Mitglied der FDP und war 27 Jahre Vorsitzender der FDP-Fraktion in der Bezirksvertretung Rodenkirchen. Im vergangenen Jahr wurde er für sein politisches Engagement im Namen von Bundespräsident Steinmeier durch Oberbürgermeisterin Henriette Reker mit der Bundesverdienstmedaille ausgezeichnet. Er hat sich diese Auszeichnung redlich verdient, denn Rodenkirchen hat ihm durch seinen politischen Einsatz viel zu verdanken. Es zeichnet ihn besonders aus, dass er sich in den vergangenen Jahren mit dem immer gleichen Herzblut für die Durchsetzung liberaler Politik im Stadtbezirk Rodenkirchen eingesetzt hat. [pm]

IMPRESSUM: KölnLiberal ist die Zeitschrift der FDP-Köln

FDP-Köln · Breite Straße 159 · 50667 Köln · T 0221 253725 | **FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln** · Rathausplatz 1 · 50667 Köln · T 0221 221-23830

Chefredaktion (V.i.S.d.P.) StephanWieneritsch · info@fdp-koeln.de · www.fdp-koeln.de · Redaktionsschluss: 25. April 2022

Autoren dieser Ausgabe: Dr. Christian Beese | Sebastian Diener | Reinhard Houben | Joachim Krämer | Ralph Sterck